AZ: -20-ja-te-

Drucksache Nr.: 0878/2008/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	15.11.2011	N	Kenntnisnahme
Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	23.11.2011	Ö	Vorberatung
Ratsversammlung	29.11.2011	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

Oberbürgermeister Dr. Tauras / Stadtrat
Dörflinger

Verhandlungsgegenstand:

Leistung von überplanmäßigen Mehraufwendungen im Ergebnisplan und gleichzeitig Mehrauszahlungen im Finanzplan 2011 nach § 95 d GO

A n t r a g:

Der Leistung von überplanmäßigen Mehraufwendungen im Ergebnisplan und gleichzeitig Mehrauszahlungen im Finanzplan 2011 bis zur Höhe von 1.055.000,00 Euro nach § 95 d GO wird zugestimmt. Eine Deckung erfolgt durch Mehrerträge.

Finanzielle Auswirkungen:

Mehraufwendungen im Ergebnisplan 2011 1.055.000,00 Euro
Mehrauszahlungen im Finanzplan 2011 1.055.000,00 Euro

Deckung durch:

Mehrerträge im Ergebnisplan 2011 1.055.000,00 Euro
Mehreinzahlungen im Finanzplan 2011 1.055.000,00 Euro

Begründung:

Der Fachdienst Allgemeiner Sozialer Dienst (52) beantragt überplanmäßige Mehraufwendungen und begründet diese wie folgt:

Die Mehrbedarfe in den Bereichen der Heimerziehung gemäß § 34 SGB VIII und der Eingliederungshilfe in stationärer Form bei jungen Volljährigen gemäß §§ 41/35 a SGB VIII lassen sich vor allem durch die steigenden Fallzahlen im Jahresverlauf erklären. Dieser kommt überwiegend dadurch zustande, dass inzwischen 11 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge stationär untergebracht wurden. Hier gibt es eine entsprechende Erstattung durch den jeweiligen Kostenträger. Darüber hinaus wurde die Stadt Neumünster in 9 Fällen durch Zuzug für eine stationäre Unterbringung zuständig; demgegenüber konnte lediglich in 3 Fällen die Zuständigkeit wegen Wegzugs abgegeben werden. Außerdem sind Kostensteigerungen wegen steigender Entgelte der Träger zu verzeichnen.

Im Bereich der sozialpädagogischen Familienhilfe gemäß § 31 SGB VIII sind neben den gestiegenen Fallzahlen ebenfalls steigende Entgelte der ambulanten Träger ein Grund für die Mehraufwendungen.

Im Bereich der Inobhutnahme gemäß § 42 SGB VIII spielt die steigende Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge die bedeutende Rolle für den entstandenen Mehrbedarf. Es stehen durch den Kostenerstattungsanspruch gegenüber einem Bundesland die ausgewiesenen Mehrerträge zur Deckung zur Verfügung

Die Mehraufwendungen im Sachgebiet III können bis zur Höhe von 463.000,00 Euro aus dortigen Bereichen durch Mehrerträge gedeckt werden. Die restlichen Mittel in Höhe von 592.000,00 Euro werden durch Mehrerträge bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gedeckt.

Produktkonto/ Bezeichnung	bisher zur Verfügung	zusätzlicher Bedarf	Deckung durch Produktkonto/ Bezeichnung	Deckung i. H. v.
363014103.5332050 Hilfen zur Erziehung; Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen § 34 SGB VIII	3.756.200 EUR	500.000 EUR	363014103.4223000 Hilfen zur Erzie- hung; Leistungen von Sozialleistungs- trägern innerhalb von Einrichtungen § 34 SGB VIII	94.000 EUR
			363014104.4482030 Hilfen für junge Volljährige; Kosten- erstattung von ande- ren Jugendhelfeträ- gern, § 41 in Verbin- dung mit § 34 SGB VIII-Heimerziehung	16.000 EUR

			363014108.4482040 Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen; Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden, § 42 SGB VIII Inobhutnahme stationär	40.000 EUR
			61101.4021000 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer *	350.000 EUR

Produktkonto/ Bezeichnung	bisher zur Verfügung	zusätzlicher Bedarf	Deckung durch Produktkonto/ Bezeichnung	Deckung i. H. v.
363014103.5331030 Hilfen zur Erziehung; Sozialpädagogische Familienhilfe gemäß § 31 SGB VIII	990.000 EUR	210.000 EUR	363014104.4482030 Hilfen für junge Volljährige; Kostenerstattung von anderen Jugendhilfeträgern, § 41 in Verbindung mit § 34 SGB VIII-Heimerziehung	113.000 EUR
			61101.4021000 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer *	97.000 EUR

Produktkonto/ Bezeichnung	bisher zur Verfügung	zusätzlicher Bedarf	Deckung durch Produktkonto/ Bezeichnung	Deckung i. H. v.
363014104.5332030 Hilfen für junge Volljährige; Hilfen für junge Volljährige nach § 41 in Verbindung mit § 35 a SGB VIII - stationär	150.000 EUR	145.000 EUR	61101.4021000 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer *	145.000 EUR

Produktkonto/ Bezeichnung	bisher zur Verfügung	zusätzlicher Bedarf	Deckung durch Produktkonto/ Bezeichnung	Deckung i. H. v.
363014108.5332040 Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kinder und Jugendlichen; Inob- hutnahme – stationär ge- mäß § 42 SGB VIII	400.000 EUR	200.000 EUR	363014108.4482040 Vorläufige Maßnah- men zum Schutz von Kindern und Jugend- lichen; Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden, § 42 SGB VIII Inob- hutnahme stationär	200.000 EUR

* Aufgrund der in diesem Jahr positiven konjunkturellen Entwicklung erfolgt die Deckung durch Mehrerträge bei der Einkommensteuer.

Im Auftrage

Dr. Olaf Tauras
Oberbürgermeister

Oliver Dörflinger
Stadtrat